

Der lange verleugnete Widerstand

Die „Edelweißpiraten“ – verkannt, am liebsten vergessen. Von Matthias von Helffeld

Was man vergißt oder gar nicht erst zur Kenntnis nimmt, bewältigt sich am leichtesten. Nach diesem Motto scheint vor allem die Verarbeitung der deutschen „braunen“ Vergangenheit vonstatten zu gehen. Während Israel die unter dem Namen „Edelweißpiraten“ bekannten Widerstandskämpfer auszeichnete, werden deren Haltungen und Handlungen im eigenen Land mancherorts noch als kriminell verdächtigt.

Am 13. März 1984 wurden drei deutsche Widerstandskämpfer mit dem höchsten Orden, der vom Staat Israel an Ausländer verliehen werden kann, geehrt. Jean Jülich, Karoline Bantzen und Wolfgang Schwarz nahmen die Medaillen entgegen, die – so der Leiter von Yad Washem, einer Erinnerungs- und Mahnstätte des Holocaust in Jerusalem – den Dank des jüdischen Volkes Menschen gegenüber ausdrückt, von denen es im Dritten Reich zu wenig gab.

Die Edelweißpiraten, die in der Bundesrepublik offiziell als kriminell gelten, versteckten fünf Juden vor der Gestapo, bis sie selbst verhaftet und einige von ihnen öffentlich exekutiert wurden. Zudem unterstützten sie politisch Verfolgte und Zwangsarbeiter, verübten Sabotageanschläge auf militärische Einrichtungen und töteten den NS-Ortsgruppenleiter in Köln-Ehrenfeld.

Die Gestapo sah in ihnen eine „staatsgefährdende Erschelnung“ und ließ einige von ihnen auf persönlichen Befehl des Reichsführers der

SS, Heinrich Himmler, vor den Augen einer schaulustigen Menge im November 1944 hinrichten. Obwohl inzwischen zweifelsfrei nachgewiesen ist, daß diese jugendlichen Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet haben, sind sie bis heute vom Kölner Regierungspräsidenten Dr. F. J. Antwerpes (SPD) nicht rehabilitiert worden.

Es ist ein Skandal, daß aus der Umgebung des RP und aus der Lokalredaktion einer Kölner Zeitung Vermutungen laut wurden, in Jerusalem seien nicht Widerstandskämpfer, sondern Kriminelle geehrt worden. Dies bekommt einen pikanten Hintergrund, wenn

Matthias v. Helffeld

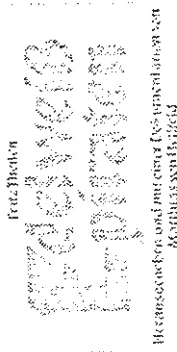


Jugendverleugnung gegen das 3. Reich

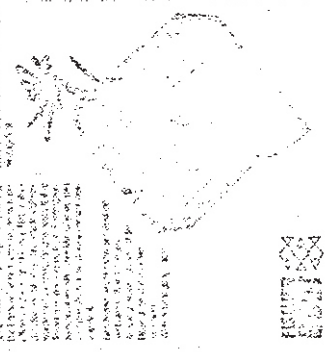
man bedenkt, daß die Stadt Köln durch die Umbenennung der Hütten- in Bartholomäus-Schink-Straße und durch die Finanzierung einer würdigen Gedenkstätte am Ort der Hinrichtung die politische Anerkennung längst vollzogen hat. Und mit ihr weite Teile der SPD und nicht zuletzt der damalige sozial-liberale Innenminister Gerhard Baum.

Hier wird deutlich, welche katastrophalen Mängel die Vergangenheitsbewältigung in Deutschland aufweist. Denn während der 20. Juli oder die Weiße Rose jedes Jahr auf Händen getragen werden, wird der antifaschistische Widerstand der Edelweißpiraten, nicht nur in Köln, ignoriert oder schlimmer noch kriminalisiert. Angesichts von steigenden neonazistischen Aktivitäten in der Bundesrepublik ist die Verleugnung dieser massenhaften Auflehnung gegen das Unrechtssystem doppelt schlimm.

Einige Wochen nach dem Kanzlerbesuch in Israel hatte die Verleihung der Medaille „Gerechte der Völker“ aber auch eine andere Bedeutung, als nur ein Schlaglicht auf die bundesrepublikanische Vergangenheitsbewältigung zu werfen. Es war für die deutschen Gäste wichtig, den Israelis klar zu machen, daß keineswegs alle Deutschen der Meinung sind, nunmehr könne man zu Israel „normale“



Fritz Heiden
Hilfsschlepper und mit einem Fallschirm aus dem Himmel
Matthias von Helffeld



Beziehungen wie etwa zur Schweiz haben. Diese Kanzerläuterung hat viele Israelis in Angst versetzt, denn durch die gemeinsame Geschichte der beiden Länder wird es keine „normalen“ Beziehungen geben können, es sei denn, man leugnet die Geschichte. Auch reicht es nicht aus, zu sagen „ich war fünfzehn bei Kriegsende“, wie es der Kanzler – diesmal todernt – vor der Knesset tat.

Natürlich ist die überwiegende Zahl der Deutschen zu jung, um „schuldig“ zu sein. Trotzdem haben sie die historische Verantwortung mit zu tragen, die sich aus dem Holocaust ergibt.

Dies mag jeder tun, wie und

wo er kann. Für Sozialdemokraten muß das konkret heißen, den Anfängen zu wehren. Es gehört dazu, sich dem Prozeß der massiven Einschränkung demokratischer Grundrechte entgegenzustellen. Vor allem aber darf es keine Zustimmung der SPD zu Waffenlieferungen in den Nahen Osten geben. Auch dann nicht, wenn der Bundeskanzler der Auffassung ist, daß diese Waffen ja nur „defensiver Natur“ seien. Jeder, der sich in Israel mit politisch Interessierten unterhält, wird merken, mit welcher unglaublichen Leichtfertigkeit hier die deutsch-israelischen Beziehungen auf Spiel gesetzt werden.

Es ist an der Zeit, die Urteile des Volksgerichtshofs, der Sondergerichte und die terroristischen Maßnahmen von Gestapo und SS für nichtig zu erklären und die Opfer zu rehabilitieren. Auch in Israel ist man verbittert darüber, daß einerseits NS-Verbrecher nicht oder kaum belangt und andererseits Widerstandskämpfer ignoriert werden.

Nicht nur um des Verhältnisses zu Israel willen, sondern auch um unsere eigene Geschichte korrekt darzustellen und zu „bewältigen“, müssen politische Maßnahmen ergriffen werden, die diesen Mißstand beheben. Das sollten auch die konservativen Kräfte in diesem Land einschließen.

Nichts anderes als ein Kampf der Hunde untereinander. So sprach Kriegspräsident Winston Churchill, sei der Aufstand des 20. Juli in Deutschland. Unser Friedensminister Manfred Wörner dagegen verkündete zur Eröffnung der Wanderausstellung »Aufstand des Gewissens« Ende Juni im Bundeshaus: »An diesen Männern wird beispielhaft sichtbar, wie wenig sich die böartigen und entstellenden Klischees über die deutsche und preußische Militärgeschichte mit der Wirklichkeit decken.« Und er zitierte ein späteres Churchill-Wort, die deutsche Opposition gegen Hitler zähle zum »Edelsten und Größten in der Geschichte aller Völ-

ker«. Edle oder Hunde — was waren die Männer, die am 20. Juli zur Aktion »Walküre« gegen Hitler aufstanden, denn nun tatsächlich? Eine internationale Historiker-Konferenz in West-Berlin versuchte, eine Antwort zu geben. KONKRET-Autor Otto Köhler schildert die Schwierigkeiten, auf die sie dabei stieß. Sein zweiter Beitrag »Widerstand im Dienst des Holocaust« — vor dem Kongress redaktionell abgeschlossen — untersucht, was die Konferenz antippte, aber nicht behandeln konnte: die Kollaboration zwischen den doch sehr deutschen Widerstands-Generälen und den Einsatzkommandos der Judenvernichtung

Es tut ihm leid, daß diese Veranstaltung mit einer »Verstimmung« schließe. So sprach am letzten Tag der Internationalen Konferenz zum 40. Jahrestag des 20. Juli deren Präsident Dr. Dr. Wolfgang Treue. Das war vornehm formuliert. Statt von Verstimmung hätte der Wirtschaftshistoriker korrekterweise von einem handfesten Skandal sprechen müssen. Doch dann wäre es ihm nicht so leicht gefallen, »im Namen aller Anwesenden« dem Verursacher, Neuhistoriker Ernst Nolte, seinen Dank für ein Manöver auszusprechen, mit dem er die vorher festgelegten Spielregeln der Konferenz auszuhebeln versuchte. Und mit dem er vor allem zu einem umfassenden Rollback gegen den wissenschaftlichen Ertrag der Konferenz ansetzte.

Zwei Tage zuvor, am zweiten Verhandlungstag kurz vor zwölf, hatte der Mann, gegen den Nolte vor allem antrat, der Bochumer Widerstandsforscher Hans Mommsen, ein folgen-schweres Bekenntnis abgelegt. Eigentlich habe er schon 1963 über den Gesamtkomplex Widerstand und Judenfrage schreiben wollen. Aber, so fuhr er fort: »Ich will Ihnen sagen, ich habe es nicht gewagt.« Denn das Judenproblem sei für den deutschen Widerstand an vielen Stellen ein außerordentlich belastendes. Natürlich hätten viele Angehörige des Widerstands einzelnen Juden geholfen. Aber da gebe es auch die grundsätzliche Einstellung zur Judenfrage. Und die sei doppeltes Merkmal. Mommsen: »Erstens ein Indikator dafür, wie weit man sich vom klassischen konservativen Nationalismus, der antisemitisch geprägt war, wirklich entfernt hat

ÜBER DIE JUDENFRAGE WIRD NICHT GESPROCHEN

und zweitens ein Indikator, wie weit man sich in dieser grundsätzlichen rechtsstaatlichen und prinzipiellen Frage von Wertvorstellungen des NS-Regimes abgelöst hat.«

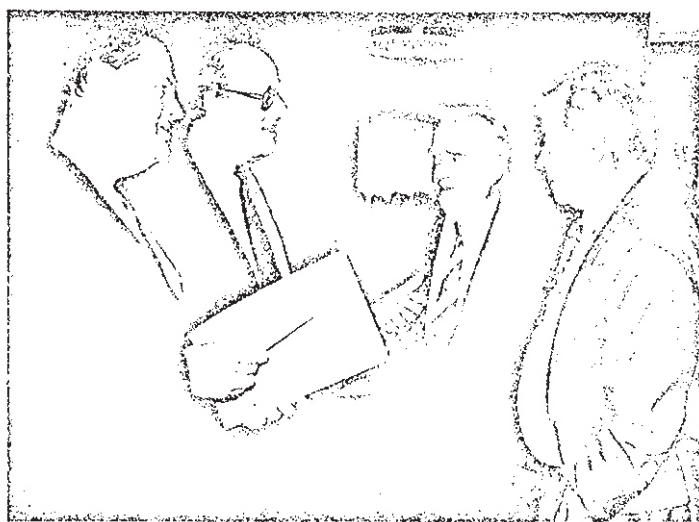
Diese Frage beherrschte fortan die Konferenz, bei der sich eigentlich nur ein einziges von rund sechzig Referaten mit dem Thema »Der Widerstand und die Juden« beschäftigte. Und es

den angeklagt wird. Deutscher Widerstand, das war gerade in diesem Zusammenhang natürlich der bürgerliche und militärische Widerstand, den als »national-konservativ« zu bezeichnen sich die große Mehrheit der Konferenz — mit Noltes Ausnahme — einig war. Einig war man sich weitgehend auch, daß dieser Widerstand bei weitem nicht die einzige und schon

nen bewaffneten Widerstand, der vom SD, dem Sicherheitsdienst der Nazis 1944/45, als größte innere Gefährdung betrachtet wurde — konsequent also, daß diese Protestbewegung junger Arbeiter im Dritten Reich heute noch von unseren Behörden als kriminelle Vereinigung eingestuft wird.

Den nationalkonservativen Widerstand der Oberschicht, der heute bei uns in Festreden gefeiert wird, ließ die Gestapo lange gewähren, wie der Bochumer Historiker Ulrich Heine-mann feststellte, während sie den Widerstand an der Basis sofort aufrollte. Erstaunlich war das nicht, denn die Mehrheit des nationalkonservativen Widerstands sah, so Hans Mommsen, »keinen Anlaß dazu, einen grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Umbruch ins Auge zu fassen. Man wollte vielmehr die 'richtigen' Ideen des Nationalsozialismus gegenüber deren Pervertierung durch korrupte, gewissenlose und unfähige Machthaber verwirklichen, zur 'wahren' Volksgemeinschaft an der Stelle einer ungeordneten Oligarchie nationalsozialistischer Emporkömmlinge gelangen, den deutschen Machtstaat, ja die mitteleuropäische Hegemonie gegen die verantwortungslosen militärischen Abenteuer Hitlers sichern.«

So wünschten nur wenige Verschwörer den totalen Zusammenbruch des bestehenden Systems. Ursprünglich sollten sogar von den Nazis geschaffene Einrichtungen wie die »Deutsche Arbeiterfront« als Zwangsverband für Arbeiter und Unternehmer zugleich beibehalten werden. Auch eine revidierte Judengesetzgebung sollte bleiben.



Teilnehmer der Internationalen Konferenz der Historischen Kommission zu Berlin am 40. Jahrestag des 20. Juli 1944. Ganz rechts Hans Mommsen, neben ihm Wolfgang Treue

können durchaus sein — die erste verharmlosende Presseberichterstattung spricht allerdings nicht dafür —, daß von dem Antworten und neuen Fragestellungen, die der Kongress hier fand, eine ähnlich erhellende, ja explosive Wirkung ausgeht wie vor zwei Jahrzehnten vom Rolf Hochhuths Papst-Drama »Der Stellvertreter«, in dem das Versagen von Pius XII. vor dem Holocaust an den Ju-

gar nicht die erste Form des deutschen Widerstands gegen den Nazismus war. Die ersten, die aktiv im Widerstand handelten, waren die Kommunisten, wie der Essener Historiker Detlev Peukert bei aller Kritik an ihrer Strategie und Taktik betonte — zu Zehn-, ja Hunderttausenden. Und zuletzt noch, darauf machte Heinz Boberach vom Bundesarchiv aufmerksam, leisteten die »Edelweißpiraten« ei-

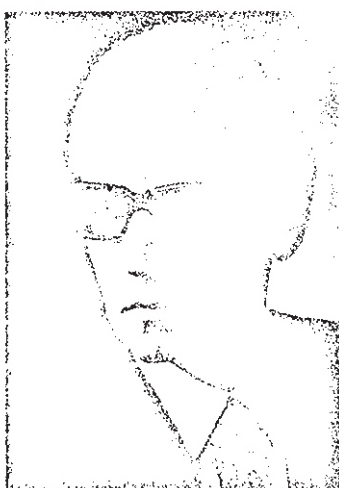
Die Entrechtung der Juden auf dem bürokratisch-legalistischen Weg wurde, wie der Düsseldorf Historiker in dem erwähnten Referat »Der Widerstand und die Juden« nachwies, von den wichtigsten Repräsentanten der nationalkonservativen Opposition als immer noch akzeptabel hingenommen. Radau-Antisemitismus lehnte man ab, und der führende Kopf dieses Widerstands, Carl Goerdeler, äußerte sich in seiner letzten Denkschrift entsetzt über die »Ungeheuerlichkeit der planmäßig und bestialisch vollzogenen Ausrottung der Juden« — vor allem wegen der außenpolitischen Wirkung.

Goerdeler zog mildere Maßnahmen vor. Unmittelbar vor Beginn der Massendeportationen und -tötungen schrieb er 1941 in seiner Denkschrift »Das Ziel«: eine »Neuordnung der Stellung der Juden« erscheine »in der ganzen Welt erforderlich«. Dabei ging Goerdeler von der — wie er formulierte — »Binsenweisheit« aus, daß »das jüdische Volk einer anderen Rasse« angehöre und empfahl die Schaffung eines Judenstaates in Teilen Kanadas oder Südamerikas (die Nazis selbst hatten vor ihrem Vernichtungsprogramm an Madagaskar gedacht). Dorthin sollten automatisch alle Juden aus Deutschland ausgebürgert werden, mit Ausnahme von Teilnehmern des Ersten Weltkriegs oder christlich getaufte »Abkömmlinge einer Mischehe«.

Jede deutsche Frau sollte nach Goerdelers Oppositionsprogramm gegen die Nazis durch Heirat mit einem Juden ihre Staatsangehörigkeit verlieren. Während andere Mitglieder des nationalkonservativen Widerstands unter dem Eindruck der Ausrottungsmaßnahmen von ihren antisemitischen Vorurteilen mehr und mehr abließen, stellt Historiker Dipper bei Goerdeler und seinen Anhängern einen umgekehrten Weg fest — er wollte damit die Reihe seiner Anhängerschaft bis in die Führungsebenen des Regimes erweitern. Ein mit Wissen Goerdelers im Freiburger Kreis seines späteren Biographen Gerhard Ritter verfaßtes Memorandum enthält noch Ende 1942/Anfang 1943 »Vorschläge zu einer

Lösung der Judenfrage in Deutschland«, die von der Vorstellung ausgehen, es gelte »dem unheilvollen Einfluß einer Rasse auf die Volksgemeinschaft zu wehren«.

Selbst die Gestapo fand nach dem 20. Juli — Goerdeler hatte sich in der Haft von einer frapanten, seine Freunde belastenden Aussagefreudigkeit gezeigt —, daß die Verschwörer »bei



Ernst Nolte, Historiker, der nicht über alles sprechen mag grundsätzlicher Bejahung des Antisemitismus die Methode seiner Durchsetzung ablehnten. Zum Teil werden dabei humanitäre Motive herausgestellt, etwa derart, daß das Vorgehen nicht menschlich genug gewesen sei und deutschem Wesen nicht entsprochen habe, zum Teil werden Fragen der politischen Zweckmäßigkeit erhoben, daß die kurzfristige rigorose Ausschaltung des Judentums starke Spannungen mit der übrigen Welt hervorgerufen habe.

Claus Graf Schenk von Stauffenberg selbst, der als Exponent einer jüngeren Offiziersgruppe im Gegensatz zur sonst so zögerlichen, ängstlichen, ja feigen Militäropposition endlich das Attentat wagte, hatte sein nationalkonservatives Weltbild revidiert. Er fühlte sich gerade durch Informationen über die »Sonderbehandlung« von Juden in Auschwitz zur Tat verpflichtet. Und sein Offiziersfreund Henning von Tresckow ermutigte ihn, das Attentat müsse auch dann aus ausschließlich moralischen Gründen gewagt werden, wenn der Erfolg zweifelhaft sei.

Doch es gab unter den führenden Männern des 20. Juli nicht

nur Antisemiten des Wortes, sondern auch Leute, die dem organisierten Judenmord im Osten mit Entschiedenheit zugearbeitet hatten. Hans Mommsen erwähnte schon in seinem öffentlichen Einführungsvortrag am ersten Tag allgemein prominente Vertreter der Militäropposition, die sich »in die Politik der verbrecherischen Befehle verstrickten«. Am Ende des Kongresses übte Mommsen deutliche Kritik und — als Mitveranstalter — auch Selbstkritik, weil der Komplex Widerstand und Judenfrage nur in einem von rund sechzig Referaten, nicht aber in einer umfassenden Arbeitssitzung behandelt worden war. Aber er nannte auch Gründe: Es gibt nicht viel Arbeiten auf diesem Gebiet und kaum Experten.

Doch ein Experte saß im Publikum. Der Westberliner Historiker Hans-Heinrich Wilhelm, der zusammen mit Helmut Krausnick vom Institut für Zeitgeschichte eine umfangreiche Untersuchung über die Zusammenarbeit der Wehrmacht mit den Mordkommandos der Sicherheitspolizei und des SD geschrieben hatte (KONKRET 3/84). Wilhelm war freilich nur als Gast geladen, nicht als aktiver Teilnehmer. Doch solch ein aktiver Teilnehmer wollte die gefährliche Konterbande doch noch am letzten Tag in die Konferenz einbringen: Manfred Messerschmidt vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg. Er hatte in einem Referat mit dem unverfänglichen Titel »Militärische Motive zur Durchführung des Umsturzes« auch die Forschungsergebnisse von Krausnick und Wilhelm über die Zusammenarbeit von Generalen des 20. Juli mit den Juden-Jagdkommandos des SD zusammengestellt.

Doch da setzte nun der schon erwähnte Ernst Nolte mit seiner Abwehrarbeit ein. Nolte, Vertreter jener Faschismus-Forschung der Adenauer-Zeit, die Kommunismus und Nazismus als totalitäre Zwillingenbrüder mit verschiedenfarbigen Kappen betrachtete, war als Berichterstatter für die achte Arbeitssitzung eingeteilt, in die auch das Messerschmidt-Referat fiel.

Die Spielregeln der Konfe-

renz sahen vor, daß die sechs bis zehn Referate jeder Arbeitssitzung schriftlich verteilt werden. Und daß der Berichterstatter zu Beginn jeder Sitzung einen Überblick über Fragestellungen und Forschungsprobleme der Referate gibt und daraus die zentralen Gesichtspunkte für die folgende Diskussion setzt. Bei den meisten Berichterstattern funktionierte das.

Nur Professor Nolte wollte soviel wissenschaftliche Disziplin nicht auf sich nehmen. Für diese Aufgabe, erklärte er den verblüfften Konferenzteilnehmern, hätte er sich nicht zur Verfügung gestellt. Statt zu berichten und zu analysieren, stellte er — abgehoben von den Referat-Themen — ideologische Gewissensfragen an die Referenten, die von denen sarkastisch aber zutreffend als »Prüfungsfragen« apostrophiert wurden. Einer, Professor Bernd Martin aus Freiburg: »Frage verfehlt — Antwort überflüssig«, aber so fügte er mit beißender Ironie hinzu, es sei ja für die Referenten ganz gut, auch einmal die Situation einer studentischen Prüfung zu erleben, daß nämlich Fragen von Professoren marginal und nicht zum zentralen Arbeitsgebiet gestellt werden.

Freilich, marginal, am Rande liegend, waren Noltes Fragen nur für diese Konferenz, tatsächlich kamen sie aus dem Zentrum des deutschen Abstands. Ob es denn angebracht sei, wollte er von den Referenten, deren Grundthesen er unterstrich, wissen, den Widerständler — und Reichsminister — Johannes Popitz zu kritisieren, wegen seiner Äußerungen über einen unumgänglichen Verlust an Eigengestaltung für die osteuropäischen Völker in einem von Deutschland beherrschten Großraum (den Widerständler Popitz anstrebte)? Ob es wirklich eine »unglaubliche Maximalforderung« sei, daß Goerdeler für den fortdauernden Anschluß Österreichs an das Reich eintrat? Und sei es nicht völlig realistisch gewesen, wenn die Leute des 20. Juli von einem tiefgehenden Gegensatz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion ausgingen?

Es folgten — statt der Wiedergabe der Referate — speku-

lative historische Konditionalismen, an denen jeder Stammstisch zu vorgerückter Stunde und mit entsprechendem Promillegehalt seine Freude gehabt hätte. Nolte: Was wäre aus dem Ost-West-Bündnis geworden, wenn 1944 der Faschismus und Hitler weggefallen wären und wenn dann ein immer noch sehr ausgedehntes und machtvolleres deutsches Reich auf die Seite der Westmächte übergegangen wäre? Habe das Deutsche Reich nicht noch durch die Ardennenoffensive (Dezember 44!) die Westmächte in größte Bedrängnis und Verwirrung gebracht? Wäre die Situation nicht anders gewesen, wenn Hitler sofort die Invasion in der Normandie als Invasion erkannt hätte und nicht als Ablenkungsmanöver?

Kurz, Nolte betrachtete die Konferenz über den deutschen Widerstand als einen Sandkasten, in dem man die verlorenen Siege des Zweiten Weltkriegs doch noch einmal gewinnen kann. Kein Wort über die in Professor Messerschmidts Referat enthaltenen Belege über die Zusammenarbeit von Widerstandsgenerälen mit den Einsatzkommandos der Judenvernichtung. Messerschmidt protestierte gegen Noltens Prüfungsfragen, die dazu führten, daß die Referate nicht diskutiert wurden. Er verwies darauf, daß der militärische Widerstand abbröckelte, als Hitlers Westoffensive ein Erfolg werden konnte, daß da — 1941 — die moralischen, sittlichen Begründungen für Widerstand bei den Generälen plötzlich aufhörten. Und er nannte endlich auch Namen der Widerstands-Generäle, die sich mit den Mordkommandos des SD eingelassen hatten. Zeit, die Ergebnisse seines Referats auszubreiten, blieb ihm nicht, Nolte unterbrach, drängte zum Schluß zu kommen.

Wichtiger als der Bericht über dieses erschreckende Kapitel aus dem nationalkonservativen Widerstand war ihm die Gelegenheit, Propaganda-Parolen an die Professoren zu bringen: »Der Bolschewismus ist nicht ein Gespenst, sondern die Grundvoraussetzung für das Begreifen des Nationalsozialismus«, sagte er und machte mit einer »Metapher« deutlich, was gemeint sei: »Katyn«, so sprach

er, »war ursprünglicher als Auschwitz«. Und die Vernichtung der Juden diene »allein der Herbeiführung einer Gleichheit der Militanz« mit den Bolschewisten.

Auschwitz, die industriell betriebene Massenvernichtung von Männern, Frauen und Kindern nur wegen ihrer vermeintlichen Rassezugehörigkeit als Folge zu bezeichnen einer gewiß brutalen und mörderischen sowjetischen Erschießungsaktion an polnischen Offizieren, wie wir sie freilich aus vielen Kriegen kennen, auch aus dem US-amerikanischen in Vietnam — diese Gleichsetzung ist mehr, als man selbst einem erreaktionären deutschen Professor an Narrenfreiheit zubilligen mag. Ein Angehöriger des von Kaiyn betroffenen Volkes, Professor Jerzy Borejsa aus Warschau, verwahrte sich dagegen — unter dem Beifall der Konferenz.

Und Hans Mommsen nannte Noltens Schlußfolgerung »verheerend«, daß die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Bolschewismus eine »positive Grundeinsicht« des nationalkonservativen Widerstands gewesen sei — Nazismus als »braune Variante« des Bolschewismus. Solche Vorstellungen ständen, so Mommsen, »entsetzlich nahe dem Konzept der

jüdischen Weltverschwörung«. Die Mitwirkung von eindeutig oppositionellen Offizieren am Komplex der verbrecherischen Befehle müsse daraus erklärt werden, daß der Antibolschewismus in seiner speziell antijüdischen Zuspitzung von Teilen der Verschwörer geteilt worden ist. Und der Versuch, die nationalistischen Motive dieses Widerstands zu rechtfertigen, führe dazu, plötzlich auch das nationalsozialistische Regime zu rechtfertigen. Mommsen: »Und wenn das vielleicht auch nicht intendiert war, so ist das doch die letzte Konsequenz, Herr Nolte, der Argumente, die Sie hier vorgetragen haben.«

Natürlich war Nolte beleidigt: »Was würden Sie sagen, Herr Mommsen, wenn ich sagte, daß Ihr Vortrag in einem seiner Dankansätze dazu führte, das ganze deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus zu identifizieren.« Damit war der Kongreß, der ein wichtiges, bedrückendes Kapitel in der Geschichte des deutschen Widerstands aufgeworfen, angerissen, aber dank Nolte nicht behandelt hatte, schon bald zu Ende. Zur Eröffnung sagte Berlins Regierender Bürgermeister, der 20. Juli habe die geistigen Grundlagen der Bundesrepublik gelegt.

den Krieg im Westen zu verzichten. Am 5. November erschien er mit Generalstabschef Halder zur Audienz und sagte zum Führer, der Angriff sei im gegenwärtigen Zustand der Truppe nicht zu schaffen, es gebe Disziplinschwierigkeiten wie 1917/18. Da fing Hitler zu toben an. Er schrie nach Todesurteilen. Nach zwanzig Minuten war der angstschlotternde Brauchitsch wieder draußen vor der Tür, wo Halder wartete. Beide gerieten in Panik und sagten den Staatsstreich schleunigst wieder ab. Hitler befahl den Angriff im Westen und Brauchitsch, Halder, alle machten mit.

Am 18. Oktober 1969 wurde die Saaburg-Kaserne in Wuppertal-Elberfeld in Generaloberst Hoepner-Kaserne umbenannt — zu Ehren des Mannes, der 1944 in Goerdelers geplantem Kabinett Kriegsminister werden sollte, mit Stauffenberg als Staatssekretär. Hoepner war einer der großen Generale unserer Zeit — so jedenfalls würdigte ihn der ehemalige Oberbefehlshaber der Verbündeten Streitkräfte Europa Mitte, Viersterne-General Johann Adolf Graf von Kilmannsegg: »Es gibt in diesem zwanzigsten Jahrhundert unter den bekanntgewordenen Männern der deutschen Armee wohl nicht allzu viele soldatische Leitbilder, deren Beispiel geeignet ist, in seinen Maximen nachgelebt zu werden. Hoepner ist ein solches Beispiel.«

Er hatte von Anfang an eine Abneigung gegen Hitler und schon 1933 Krach mit der NSDAP. Bei allen Staatsstreichplänen der Militärs, 1938, 1939, war der Panzer-General dabei als Mitglied der Oppositionsgruppe um den Reichsbankpräsidenten Schacht, der mit seinen berühmten Mefo-Wechseln Hitlers Aufrüstung finanziert hatte. Doch wenn es um das geliebte deutsche Volk und dessen Lebensraum ging, konnte Hoepner seine Panzertruppe, die er gerade noch zum Sturz Hitlers — leider kam immer etwas dazwischen — bereit hielt, mit noch größerer Begeisterung gegen den äußeren Feind führen. Er gehörte 1938 zu den aktivsten Warnern vor einer Besetzung der Tschechoslowakei, so sein Biograph, der Bundeswehr-

WIDERSTAND IM DIENST DES HOLOCAUST

Am 1. November 1939 notiert der Abwehroffizier Helmuth Gröschurth in sein Tagebuch: »Mit Tränen sagt H. — er sei seit Wochen mit der Pistole in der Tasche zu Emil gegangen, um ihn evtl. über den Haufen zu schießen.« H., das war der Generalstabschef des Heeres, Franz Halder. Emil, das war der Code-Name für den Führer des deutschen Volkes, Adolf Hitler. Und über den Haufen schießen wollte ihn fast jeder General, evtl. mal.

Knapp vier Wochen danach, am 27. November, sagte Halder zu General Georg Thomas: »Man muß Hitler doch diese letzte Chance lassen, das deutsche Volk aus der Helotenknechtschaft des englischen Ka-

pitals zu erlösen.« Hitler hatte vier Tage zuvor vor dem Generalstab laut schreiend verkündet: »Der Krieg muß bis zum äußersten geführt werden, lieber lasse ich die Nation aussterben. Alle haben mich zu unterstützen und mit fanatischem Willen hinter mir zu stehen. Ich zerbreche jeden, egal wer es ist.«

In diesem dritten Kriegsmonat — nach dem Blitzsieg über Polen und vor der Offensive im Westen — war ein geplanter Aufstand der Generale jämmerlich in ihrer eigenen Feigheit erstickt. Alle Vorbereitungen zum Staatsstreich waren getroffen. Oberbefehlshaber Walther von Brauchitsch wollte aber vorher genau wissen, ob der Führer nicht doch zu bewegen wäre, auf



Die Wolfsschanze wird von Göring und Bormann besichtigt

Offizier Heinrich Bücheler. Aber er war auch der erste, der mit seinem Armeekorps am 15. März 1939 um sechs Uhr früh die Grenze überschritt und an der Spitze einer motorisierten Abteilung auf Prag marschierte. Der Generalleutnant wird General und ist glücklich. Keine sechs Monate später, am 1. September 1939 morgens um 3.45 — eine Stunde vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges — schreibt Herr Hoepner an Frau Hoepner: »Die Polenfrage muß ja einmal gelöst werden.« Und stürzt sich — »als alle Befehle ergangen waren und die aufgestauten Energien unaufhaltsam zur Entladung drängten« (Hoepners Bundeswehr-Biograph Bücheler) — an der Spitze seines XVI. Armeekorps tief hinein ins aufzulösende Polenland. Bald darauf, am 27. Oktober, läßt er sich von seinem verhaßten Führer in der Reichskanzlei das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz um den Hals hängen, dafür, daß er »mit kühnem Herzstoß auf die polnische Hauptstadt die gesamte polnische Front ins Wanken« brachte und so das »dramatische Ende des polnischen Heeres und Staates« einleitete (»Völkischer Beobachter«).

Den kühnen Herzstoß gegen Emil, von dem Kollege Halder schwärmt, unterläßt Hoepner — sein Ritterkreuz war zu schön. Doch zur gleichen Zeit konspirierten die beiden wieder gegen den Ordensverteiler mit dem bekannten Erfolg. Zwar ging die Verschwörung gegen Emil weiter, um den Angriff im Westen zu verhindern. Aber sie war doch stark behindert durch die verantwortungsvolle und arbeitsreiche Vorbereitung für den Überfall auf die neutralen Benelux-Staaten. Hoepners Bundeswehr-Biograph bringt das Problem auf die schönste Formel: »Unter dieser Verantwortung und Arbeitslast, deren Bewältigung Franz Halder nach Ansicht mancher Offiziere zum bedeutendsten deutschen Generalstabschef nach Moltke macht, mußte er seine gleichzeitige Funktion als Kopf des militärischen Widerstands nahezu zwangsläufig aufgeben.« Emil blieb nahezu zwangsläufig am Leben, weil unsere Widerständler so eifrig damit beschäftigt waren, seine Pläne auszuführen und darum keine Zeit mehr hat-

ten, ihn umzubringen. Am 10. Mai 1940 steht Hoepner mit an der Spitze des Überfalls auf die Niederlande und verlangt einen Tag später in einem Brief an seine Frau: »Der liebe Gott möge uns den Sieg geben!« Und schon nach zehn Wochen befördert ihn Emil in einer feierlichen Reichstagsitzung nicht ohne Grund zum Generaloberst. Dem Entschluß Hitlers, Sowjetrußland zu überfallen, hat Hoepner innerlich nicht zugestimmt, einerseits. Andererseits war er mit den Vorbereitungen für den Angriff so beschäftigt, daß er äußerlich nicht opponieren konnte. »Jetzt haben sich wieder alle vom Adolf faszinieren lassen«, klagte er seiner Frau, als er am 30. März 1941 aus der Reichskanzlei kam, wo die Generale zwölf Wochen vor dem Überfall »in ihre Aufträge eingewiesen« wurden, wie es Hoepners Bundeswehr-Biograph in seinem diskreten Charme formuliert. Wie die Einweisung vor sich ging, von der sich alle außer Hoepner faszinieren ließen, muß man in Halders Notizbuch nachlesen: »Koloniale Aufgaben! Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander.

Vernichtendes Urteil über Bolschewismus, ist gleich asoziales Verbrechen. Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. Vernichtung der kommunistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz.« Von Ostpreußen her, wo er seit 33 immer Krach mit Gauleiter Erich Koch hatte, brach Hoepner am 22. Juni 1941 an der Spitze der Panzergruppe 4 in die baltischen Staaten ein — Richtung Leningrad, um von dort im kühnen Vorstoß nach Süden Moskau zu nehmen und als erster in den Krim einzuziehen. Doch »der Russe« leistet, wie Hoepner am 5. Juli bekümmert nach Hause schrieb, »zähen Widerstand und sprengt alle Brücken«. Da kam schon Zweifel auf, »daß ich am 13.7. in Leningrad sein kann, was ich mir vorgenommen habe«. Schließlich ging es Hoepner auch gar nicht gut: »Zahnschmerzen und dicke Beine. Aber Schonung ist unmöglich.«

Wer sich selbst nicht schont, muß zu anderen auch nicht lieb sein. Trotzdem gab Hoepner am 6. Juli einen Befehl heraus, in dem er — sorgfältig differenzierend — sein Eintreten für eine »gute und gerechte Behandlung der loyalen Bevölkerung« damit begründete, daß die »ziemlich seltenen Sabotagefälle einzelnen kommunistischen Elementen, vor allem Juden, anzulasten« sind.

Und für die war gesorgt. Denn dicht auf Hoepners Spuren leistete der Führer der Einsatzgruppe A, SS-Brigadeführer Dr. Walter Stahlecker, ganze Arbeit. Er war in den Gebieten, die Hoepner eroberte, für die »möglichst umfassende Beseitigung der Juden« zuständig. Stahlecker ist sehr erfolgreich. In einem Rechenschaftsbericht an Himmler vom 15. Oktober 1941 rühmt er sich und seine Einsatzgruppe des Mordes an 125.000 Juden. Er fügt hinzu: »Von vorneherein kann betont werden, daß die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht im allgemeinen gut, in Einzelfällen, wie z. B. mit der Panzergruppe 4 unter Generaloberst Hoepner,



sehr gut, ja fast herzlich war.« Das ist nicht das einzige Zeugnis hervorragender Zusammenarbeit zwischen dem Massenmörder und dem kommenden Helden des 20. Juli 1944. Schon am 18. Juli 1941 vereinbarte Einsatzgruppenchef Stahlacker »auf ausdrücklichen Wunsch« der Panzergruppe 4 mit Generaloberst Hoepner, daß »den vordersten Teilen der (für Leningrad vorgesehenen) Einmarschdivision nach einem im einzelnen aufzustellenden Plane Kommandos der Sicherheitspolizei beigegeben« werden. Da aber aus Hoepners vorgesehenem Einmarsch und damit auch an der dabei vorgesehenen Judenjagd nichts wurde, verwendete man die Mordkommandos erstmalig zur »Säuberung und Befriedung« im Bereich von Hoep-

ners Panzergruppe 4. Historiker Christian Streit über den Erfolg der am Beispiel Stahlacker und Hoepner deutlich gewordenen herzlichen Zusammenarbeit: »Das weite Maß der Kooperation von der Seite der Wehrmacht machte der NS-Führung klar, daß dieser Machträger einer nun erfolgenden scharfen Wendung gegen die deutschen Juden und gegen die Juden im restlichen deutschen Machtbereich nicht entgegenstehen würde. Es war auch eine Konsequenz dieser Entwicklung, daß im Herbst 1941 die völlige Entrechtung der deutschen Juden auch formell vollzogen und mit den Deportationen in den Osten begonnen wurde. Der NS-Führung war es durch das Entgegenkommen der Wehrmacht möglich geworden, das Vernich-

tungsziel zur letzten Konsequenz zu treiben. Es ging nun nicht mehr um die 'möglichst umfassende Beseitigung der Juden' (Stahlacker) im Osten, sondern um die Liquidierung aller Juden im deutschen Machtbereich.«

Der mitschuldige Generaloberst Hoepner ließ anlässlich seines 55jährigen Geburtstags am 14. September 1941 noch einmal seinen Blick von den Dudenhofer Höhen auf die Stadt Lenins hinunterschweifen, die er zusammen mit Stahlacker erobert und gesäubert hätte, wäre er nicht abgelöst worden, um dasselbe mit Moskau zu erledigen. Doch auch dort gab es Schwierigkeiten. Im Januar 1942 vollführte er, um seine Leute zu retten, eine Frontbegradigung, die Hitler mißfiel.

Der Führer entthob ihn seines Postens als Oberbefehlshaber der Panzergruppe 4 und stieß ihn aus der Wehrmacht aus.

So kam's, daß zweieinhalb Jahre später, am 20. Juli 1944, ein Herr in Zivil in der Bendlerstraße vorfuhr als neuer Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet mit der Anwartschaft für das Kriegsministerium im alsbald zu bildenden Kabinett Goerdeler. Doch während um 12 Uhr 42 Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Führerhauptquartier in der Wolfsschanze unter Einsatz seines Lebens die Bombe gegen Hitler hochgehen läßt, geschieht im 560 km entfernten Berlin nichts. Die Herren warten ab.

Hoepner geht mit General Olbricht um 13 Uhr in ein Lokal zum Mittagessen. Sie sitzen dort



bei einer Flasche Wein bis 15 Uhr. Stauffenberg landet nach 15 Uhr in Berlin. Ihn packt der Zorn, als er erfährt, daß der Walküre-Alarm noch nicht ausgegeben ist. Nicht einmal ein Auto ist da, um ihn sofort in die Bendlerstraße zu bringen. Erst um 16 Uhr wird das Stichwort »Walküre« ausgelöst. Während Stauffenberg unzählige Telefongespräche führt, um überall im Reich den Aufstand zu schüren, sitzt der neue Oberbefehlshaber Hoepner entschlußlos herum, unfähig, den Befehlshabern der Wehrkreise klare Direktiven zu geben. Stauffenberg-Biograph Christian Müller: »Hoepners Verhalten ist erschreckend, wenn man bedenkt, daß dieser Mann eine entscheidende Funktion im Staatsapparat bekommen hat,

er richtete in seinen Gesprächen mit den Wehrkreisen »gewaltigen Schaden« an. Dem kommandierenden General im Wehrkreis II (Stettin), der ihm sagt, er habe aus dem Führerhauptquartier von Generalfeldmarschall Keitel andere Befehle erhalten, sagt er nur, dann solle er eben Ketels Befehle befolgen.

Bei Generaloberst Fromm, der den Gegenputsch anführt, bettelt Hoepner um sein Leben. Doch Hitlers Bluthund Freisler läßt den Mann, der so eifrig Juden jagen ließ und als Putschist gegen Hitler so jämmerlich schwächte, am 8. August 1944 hängen. Hoepners Bundeswehr-Biograph Bücheler: »In diesem konsequent geführten Soldatenleben liegt viel von der kantisch-preußischen Pflichtethik, von

der Unbedingtheit der Helden Schillers und Kleists.«

Doch nicht nur die militärischen Zutreiber bei den Vernichtungsaktionen gegen Juden und Kommunisten sind am 20. Juli dabei. Einer der Mord-Aktivisten selbst sitzt an diesem Tag als Mitverschwörer in der Bendlerstraße. SS-Gruppenführer Arthur Nebe, der Chef des Reichskriminalamtes. Er beteiligte sich schon 1938 und 1939 an den zaghaften Putschversuchen gegen Hitler. Und er hatte die große Hoffnung der Militär- und Bürger-Opinion gegen die Nazis, den lebenslänglichen* Antisemiten Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch von Hitlers entsetzlichen Verdacht befreit, homosexuell zu sein. Drei Jahre und eine Woche vor dem 20. Juli, am

13. Juli 1941, meldet Nebe aus dem Osten: »Vor allem haben sich die Liquidierungen eingespielt.« Denn Nebe, der Widerständler seit '33, ist jetzt als Kollege Dr. Stahlackers (Einsatzgruppe A) Chef der Einsatzgruppe B, die ihre Mordtätigkeit am mittleren Teil der Ostfront ausübt.

Sie bleibt mit 71.755 Opfern (bis Mitte April 1942) nur deshalb hinter den Erfolgen des Hoepner-Gefährten (rund 125.000 Erschießungen bis Mitte Oktober 1941) zurück, weil es nun mal in ihrem Gebiet weniger

* Fritsch im Dezember 1926 nach seiner Rehabilitierung für habe als Voraussetzung für den Weltkriegsriegsdeutschlandischen Sieg in drei Schlachten erkannt. In der »Schlacht gegen die Archontokratie« (welche Hitler bereits als geschlagen) habe, im Kampf gegen die Vorbohrer-Kräfte. Und im Kampf gegen die Juden (welcher oder schwerster sei) – offensichtlich ist man sich über die Schwere dieses Kampfes überall klar.

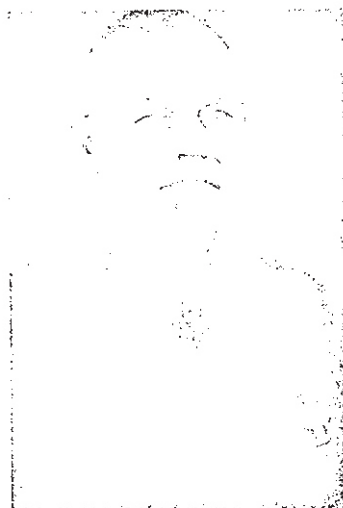
1944

Juden gibt. Doch kaum wurde Hoepner mit seiner Panzergruppe 4 aus Stahleckers Liquidationsbereich im Norden in die Gegend vor Moskau verlegt, da teilt ihm Nebe das seinem Einsatzkommando B unterstellte Vorkommando Moskau zu, dessen erster Anführer Professor Franz Six** war. Nebe wurde 1945 noch von den Nazis gehängt.

Der Mann, der schließlich den 20. Juli als Termin für das Attentat festlegte und Stauffenberg ein Flugzeug zur Verfügung stellte, war Generalquartiermeister Eduard Wagner. Der Artilleriegeneral war lange schon ein Mitglied von des Führers schwankender Militäropposition. Am 19. September 1939 einigte er sich mit Sicherheitspolizeichef Reinhard Heydrich über eine endgültige »Flurbereinigung« unter Polens »Judentum, Geistlichkeit und Adel«. Wagner bat nur darum, daß diese »Bereinigung« jeweils erst »nach dem Herausziehen des Heeres« erfolgen solle. Sechs Wochen später war er an dem Miniputsch-Versuch gegen den Krieg im Westen beteiligt, der damit endete, daß Hitler den zitternden Oberbefehlshaber von Brauchitsch auskeifte.

Als dann der Überfall auf die Benelux-Staaten und der Feldzug gegen Frankreich mit einem Sieg endeten, schämte sich Wagner, je an Hitler gezweifelt zu haben. »Der Führer wirklich noch militärisch voll auf der Höhe«, schrieb er am 11. Juni 1940 nachts um 1 Uhr 15 an seine Frau. Und jagte am Tag gleich noch einen Brief hinterher: »Man ist glücklich, daß man an diesem Geschehen mitarbeiten kann... Und worin liegt das Geheimnis dieses Sieges? Doch wohl in der ungeheuren Dynamik des Führers.«

Im März 1941 wiederum, drei Monate vor dem Überfall auf die Sowjetunion, einigte sich Wagner mit Heydrich auf ein Abkommen, das dessen Mordkommandos freie Hand in den zu erobernden Gebieten ließ. Er



Generaloberst Hoepner

selbst schlug die Formulierung vor: »Die Sonderkommandos sind berechtigt, im Rahmen ihres Auftrages in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung Exekutivmaßnahmen zu treffen.« Daß Exekutivmaßnahmen bei diesen Leuten Exekutionsmaßnahmen hieß, mußte Wagner nach seinen Erfahrungen in Polen bekannt sein.

Am 28. April 1941 schloß Wagner für die Wehrmacht mit Heydrich einen regelrechten Vertrag, der den Sonderkommandos freie Hand bei ihrer Mordtätigkeit gab. Am 20. September 1941, als schon Hunderttausende von Juden dank dieses Abkommens ermordet worden waren, schrieb Wagner abends seiner lieben Frau einen Brief: »Alles steht sehr gut militärisch, und ich denke, daß gewaltige Erfolge noch kommen. Froh bin ich, daß wir diesmal mit den ganzen politischen Dingen nichts zu tun haben. Im Westen ging's noch, hier aber, wo so viele weltanschauliche Fragen eine Rolle spielen, bin ich heilfroh!«

Der Historiker Helmut Krausnick zu diesem Brief: »Man wird aus Wagners höchst bemerkenswerten Worten zwar keine Übereinstimmung mit Keibel herauslesen dürfen, der bei zünftig, weil es für ihn 'um die Vernichtung einer Weltanschauung' ging, Maßnahmen 'biffigte und deckte', deren Anwendung die 'Geltung kriegsrechtlicher Normen im Kampf mit dem Bolschewismus vernichtete'. Wohl aber wird man aus seinen Bemerkungen schlie-

ßen müssen, daß er die Einwirkung der 'weltanschaulichen Dinge' respektieren, zumindest hinnehmen zu sollen glaubte. Im übrigen: wer mit soviel Nachdruck erklärte, froh zu sein, daß 'wir', also das Heer, 'mit den ganzen politischen Dingen nichts zu tun haben', der mußte dafür gewichtige Gründe besitzen — und mußte genügend darüber orientiert sein, welchen Gebrauch der Vertragspartner vom 28. April von seiner weitgehenden Aktionsfreiheit inzwischen gemacht hatte! Er mußte aber ebenso gut wissen, daß nahezu völlig unzutreffend war, was er von der Rolle des Heeres sagte. Denn seit der Absprache mit Heydrich hatte das OKH ja bereits durch Gerichtsbarkheits-erlaß 'Barbarossa' und Kommissarbefehl eine Einbeziehung des Heeres in die nationalsozialistische Vernichtungspolitik zugelassen...«

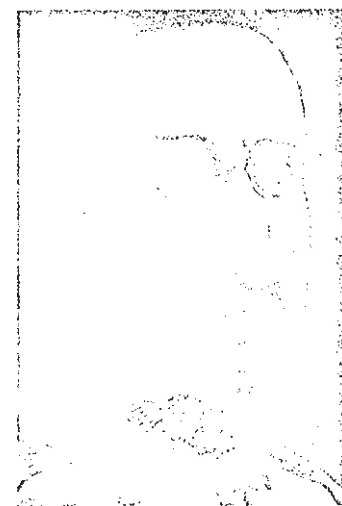
Als beim Führer die ungeheure militärische Dynamik raus war und die Sowjets immer öfter siegten, wuchs in Wagner, der den Überfall auf die Sowjets schon im August 1940 mit großer Umsicht vorbereitet hatte, wieder der Wille zum Widerstand gegen Hitler. Im Juni 1944 erklärte er Generalmajor Helmuth Stieff, der Krieg müsse liquidiert werden, denn es sei unerträglich, daß der Russe kämpfend in das Reichsgebiet eindringe. Deshalb müsse man mit allen Mitteln versuchen, politisch wieder ins Spiel zu kommen. Als der Aufstand gescheitert war, erschloß sich Wagner am 23. Juli.

Die einzig erfolgreiche Aktion des 20. Juli wurde vom deutschen Militärbefehlshaber in Frankreich, General Karl Heinrich von Stülpnagel, geführt. Er war schon immer an der Militäropposition gegen Hitler beteiligt. Sofort nach Anlaufen des Plans »Walküre« ließ er alle SS- und SD-Führer in Paris verhaften, insgesamt etwa 1.200 Leute. Zusammen mit General Speidel, dem späteren Befehlshaber der West-Landswehrrückkräfte Mitte, glaubte der Adlige aus der alten preussischen Generalsfamilie fest, nach einer Beseitigung Hitlers könne man gemeinsam mit den West-Alliierten gegen die Russen ziehen. Nach dem Scheitern des 20. Juli

schoß sich von Stülpnagel eine Kugel durch den Kopf, überlebte mit zerschossenen Augen, wurde gesund gepflegt und am 30. August 1944 gehängt. Ein untadeliger Lebenslauf.

Doch diese »Verkörperung bester preußischer Art« — so Widerstandshistoriker Eberhard Zeller — hatte im Juni 1941 als Oberbefehlshaber der 17. Armee eine Anregung für Heydrichs Reichssicherheitshauptamt, nämlich »zunächst die in den neu besetzten Gebieten volkhafte antijüdisch und antikommunistisch eingestellten Polen zu Selbstreinigungskaktionen zu benutzen«. Heydrich verstand diese Anregung gut und erklärte, diese Polen seien als »Initiativelement sowohl für Pogrome, als auch als Auskunftspersonen von besonderer Wichtigkeit«. Hinsichtlich der polnischen Intelligenz freilich solle »später das Wort gesprochen werden« — Wort hieß hier Mord.

Mit dem Chef der Einsatzgruppe D Otto Ohlendorf*** arbeitete General Stülpnagel eng zusammen — Ohlendorfs Truppe ermordete 90.000 Juden. Am 30. Juli unterschrieb der von Ernst Jünger hochge-



Generaloberst Halder

schätzte General (»Sein vornehmer Charakter neigt der geistigen Wertung des Menschen zu«) einen Befehl für Sabotagefälle:

»Kollektive Maßnahmen nicht wahllos treffen! Soweit die

** Der Massenmörder, spezialisiert auf jüdische Intellektuelle, ist vorwiegend noch heute unter uns. 1948 wurde er in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1952 vorzeitig freigelassen. Er war dann für Pörschierung und bis in die letzten Jahre Mitarbeiter der Akademie zur Führungskräfte der Wirtschaft des SS-Generals und SD-Agenten Reinhard Höhn (KONCRET 12: 81).

*** SS-Standartenführer Ohlendorf wurde nach Abschluß seiner Liquidationsaufträge stellvertretender Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium und beauftragte 1944 Ludwig Erhard mit der Währungsreform nach dem Krieg (KONCRET 19: 21). Drei Jahre nach der Währungsreform wurde der in Nürnberg verurteilte Massenmörder im Juni 1951 gehängt.

auslösende Tat der ukrainischen Ortseinwohnerschaft nicht nachgewiesen werden kann, sind die Ortsvorsteher anzuweisen, in erster Linie jüdische und kommunistische Einwohner zu nennen. Durch solchen Druck soll die Bevölkerung zur Anzeigepflicht gezwungen werden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die aktiven älteren Kommunisten zum größten Teil geflohen sind oder sich in benachbarter Gegend so verborgen halten, daß sie für raschen Zugriff nicht erreichbar sind. Zahlreicher zurückgeblieben sind die Angehörigen der russischen Staatsjugend (Komsomolzen). Auf sie kann bei Notwendigkeit raschen Zugriffs ebenfalls zurückgegriffen werden. Besonders die jüdischen Komsomolzen sind als Träger der Sabotage und Bandenbildung Jugendlicher anzusehen.»

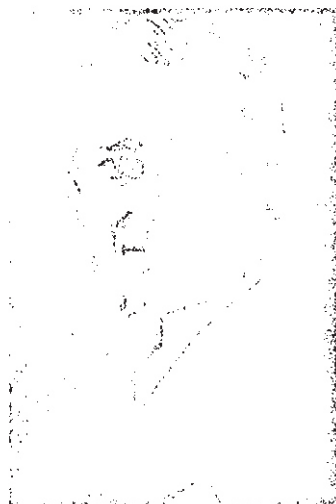
Am 21. August 1941 stellt General Stülpnagel, diese »bedeutende human gebildete Persönlichkeit« (Zeugeschichtler Hans Rothfels), in einem Schreiben an das Oberkommando der Wehrmacht »Forderungen an die deutsche Propaganda« auf, nämlich »vermehrter Kampf gegen Judentum« und »nachdrücklichste Aufklärung über Judentum«. Einen Monat später notiert Stülpnagels Abwehr-offizier: »SD-Kommando 4b wird um Repressalien gegen Kremenschützer Juden gebeten, da dort 3 Kabelsabotagefälle vorkamen.« Erfolg der Bitte: die 8.000 Juden der Stadt wurden ausgerotet. Schon im Juni hatte das (Ohlendorf unterstellte) Sonderkommando 4b, das bei seinen Mordaktionen mit Stülpnagels Armee vorrückte, gemeldet: »Wehrmacht erfreulich gute Einstellung gegen die Juden.«

Gewiß, nur wenige Männer des 20. Juli sind Verbrecher wie Stülpnagel, Wagner, Nebe und Hoepner. Konservativ bis reaktionär, das waren sie, verständlicherweise, fast alle. Doch viele bemühten sich um Kontakte zu Sozialdemokraten, einige sogar zu Kommunisten. Für die Remilitarisierung der Bundesrepublik war der 20. Juli Feigenblatt und Problem zugleich. Man konnte den Widerstand gegen Hitler nach außen als Zeugnis

eines anderen Deutschlands deklarieren, in der Bundeswehr selbst, die von erfahrenen Generalen der Hitler-Wehrmacht aufgebaut wurde, wollte man nur zuverlässige Leute. Das bekamen die Offiziere zu spüren, die Freislers Blutjustiz überlebten. Wer von ihm gehängt wurde, war ein Held für die Bundeswehr. Wer überlebte, den hielt man möglichst von der Truppe fern.

Beispiel: Generalmajor Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff. Er plante im Frühjahr 1943 ein Attentat auf Hitler, das mißlang. Nach dem Krieg versuchte er schon vor dem offiziellen Beginn der Aufstellung der Bundeswehr, »Geist und Erfahrungen des deutschen Widerstandes für die Innere Führung der neuen Streitkräfte nutzbar zu machen«. Doch: »Man befürchtete negative Reaktionen von jüngeren Offizieren und Unteroffizieren, die aus der Wehrmacht stammend in die ersten Bundeswehrkader eingestellt wurden.« Und da gab es noch eine andere Kontinuität. Gersdorff mißfiel dem Chef-Kommentator der Nürnberger Gesetze zur Reinhaltung des deutschen Blutes:

»Am 7. Juni 1952 bot mir der damalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Otto Lenz, eine führende Position bei der Aufstellung der Bundeswehr an. Lenz erklärte mir, als



Kripo-Direktor Arthur Nebe

kompromißloser Gegner des Nationalsozialismus wolle er von vorneherein in der Truppe den Geist des 20. Juli verankert wissen. Als der bei der Zusammenkunft anwesende spätere Nachfolger von Lenz, Dr. Hans Globke, prozedurale Bedenken gegen meine Einstellung äußerte, meinte Lenz, er werde alle

noch ausstehenden Fragen in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler klären. Trotz seiner festen Versprechungen habe ich von der Angelegenheit nie mehr etwas gehört. Ich kann nur annehmen, daß es Globke, für den ich wahrscheinlich ein lebender Vorwurf war, gelungen ist, beim Kanzler meine Wiederverwendung zu verhindern.»

Gersdorff wird für die Bundeswehr zum Paria: »Als der damalige Kanzler des Johanniterordens, Wolf-Werner Graf von Armin, mich als Leiter der von mir aufgebauten Johanniter-Unfall-Hilfe für eine Verbindungsposition zur Bundeswehr namhaft macht, erklärt ihm ein Oberst im Generalstab, ich sei als Repräsentant des 20. Juli 1944 als Verbindungsmann zur Bundeswehr untragbar.«

Als dieser für die Bundeswehr so unstatthafte Mann noch lebte, schrieb er 1977 »Soldat im Untergang«: Die Benennung einiger Bundeswehr-Kasernen mit den Namen ermordeter Widerstandskämpfer, wie z. B. Julius Leber oder Claus Graf Stauffenberg zeige, daß »jetzt wenigstens eine traditionelle Erinnerung an den deutschen Widerstand gepflegt wird«. Dann starb er. Prompt wurde in Euskirchen eine Bundeswehrkaserne nach dem toten Gersdorff benannt, der als lebender Zeuge des 20. Juli geächtet war.

Garantiert tote Helden des Widerstands will die Bundeswehr behalten, koste es, was es wolle. Als Helmut Kohl im letzten Herbst die Massenvernichtungs-Raketen in unser Land holte, wollten die Kinder des nach dem 20. Juli 1944 in Plötzensee hingerichteten Obersten Eberhard Finck der Großengstinger Eberhard-Finck-Kaserne den Namen ihres Vaters entziehen. Weil sie sich »aus der Verpflichtung, die aus der Gesinnung unseres Vaters für uns entstanden ist«, zur Friedensbewegung in Deutschland und in der Welt bekennen, baten sie den Verteidigungsminister Wörner um Umbenennung der Kaserne.

Doch die Verpflichtung wurde kassiert. Wörner: »Ich vermag Ihrem Anliegen nicht zu entsprechen und werde eine Umbenennung nicht anordnen lassen.«

LITERATUR

Otto John: Falsch und zu spät — Der 20. Juli 1944. Herbig Verlag 1984. 300 Seiten. 34 DM.

Rudolf Lill/Heinrich Oberreuter: 20. Juli — Portraits des Widerstandes. Econ-Verlag 1984. 448 Seiten. 48 DM.

Hermann Graml (Hrsg.): Widerstand im Dritten Reich. Fischer-Taschenbuch-Verlag 1984. 272 Seiten. 9,80 DM.

Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Deutsche Verlags-Anstalt. Neuausgabe 1984. 647 Seiten. 38 DM.

Graf von Thun-Hohenstein: Der Verschwörer — General Oster und die Militäropposition. Deutscher Taschenbuch Verlag 1984. 308 Seiten. 12,80 DM.

Bodo Scheurig (Hrsg.): Deutscher Widerstand 1938-1944 — Fortschritt oder Reaktion? Deutscher Taschenbuch

Verlag. Neuausgabe 1984. 336 Seiten. 12,80 DM.

Hans Adolf Jacobsen (Hrsg.): Spiegelbild einer Verschwörung — Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. See-wald-Verlag. Neuausgabe 1984. Zwei Bände, 1300 Seiten. 148 DM, später 198 DM.

Informationen über Kriegsverbrechen von Männern des 20. Juli:

Christian Streit: Keine Kameraden. Deutsche Verlags-Anstalt 1979. 448 Seiten. 32 DM.

Helmut Krausnick / Hans Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Deutsche Verlags-Anstalt 1981. 688 Seiten. 68 DM.

Raoul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Olle & Wolter Verlag 1982. 840 Seiten. 98 DM.